

ASTA-ZEITUNG

Herausgegeben von der Studentenschaft der TH Darmstadt 26. Mai 1986 Nr. 10

Tschernobyl

einseitige INFORMATIONEN UND keine PERSPEKTIVEN

oder: wie unter dem Deckmantel der "nüchternen Wissenschaft" beschwichtigt wurde!

Am Mittwoch dem 14. Mai veranstaltete der Präsident der THD eine Podiumsdiskussion zum Thema "Tschernobyl - Informationen und Perspektiven". Das Audi-Max reichte, obwohl total überfüllt, bei weitem nicht aus, um alle Interessierten zu fassen, so daß noch über tausend Menschen draussen blieben.

Der Präsident Prof. Böhme hob in seiner Einleitung hervor, daß Tschernobyl eine "Crisis" sei, d. h. daß es sich jetzt entscheiden müßte ob die Wende zum Leben oder zum Tod stattfinden wird. Angesichts der Vielen die draußen bleiben mußten, kündigte er die nächste Veranstaltung in einer Reihe von Veranstaltungen für Mittwoch dem 21. Mai an. In dieser Veranstaltungsreihe zu dieser Thematik sollen Nüchternheit und Verantwortung entwickelt werden. Nach dieser anspruchsvollen Einleitung zu dieser Veranstaltung mit einem anspruchsvollen Titel, zeigte sich sehr rasch, daß diese selbstgestellten Ansprüche durch die folgenden Beiträge in keiner Weise erfüllt wurden.

Nach Darlegung von technischen Daten zur "Messung von Aktivitäten und Berechnung von Dosiswerten" sagte der Strahlenschutzbeauftragte des Instituts für Kernphysik der THD, Dr. Miska, statistische 2 - 4 Krebstoten in den

nächsten 40 Jahren in Hessen durch die Katastrophe voraus. Unter dem Aspekt, daß inzwischen auch anerkannte amerikanische Wissenschaftler zur Überzeugung gelangt sind, jede zusätzliche Strahlenbelastung erhöhe das Risiko der genetischen Veränderung und der Erkrankung an Krebs, können solche statistischen Zahlenspielerereien ja wohl nur als Beschwichtigung bewertet werden um von der Gefahr der hiesigen Atommeiler (Biblis ist so nur ca. 30 km Luftlinie entfernt) abzulenken! Auf die Spitze trieb Dr. Miska es, als er im Verlaufe der Diskussion sagte, daß die Katastrophe von Tschernobyl "für uns vom Strahlenschutz ein schönes Versuchsfeld" sei. Dieser Zynismus erübrigt jeden weiteren Kommentar!!!!

An den Ausführungen von Dr. Hoffmann (Kernchemie) war besonders interessant zu erfahren, daß für das gefährliche Strontium 90, welches in den Knochen eingelagert wird und eine Halbwertszeit von 30 Jahren hat, zu diesem Zeitpunkt noch keine Werte vorlagen, da die Messung der Strahlungsaktivität von Strontium nur nach einem aufwendigen chemischen Prozeß möglich ist. Dies bedeutet ja effektiv, daß die endgültigen Strahlenbelastungen noch gar nicht feststellbar sind.

Die Ausführungen von Prof. Kluge (Botanik) waren in sich etwas widersprüchlich. Er legte anschaulich dar, warum über den Boden und die Wurzeln nur geringste Mengen radioaktiver Stoffe von der Pflanze aufgenommen würde, erläuterte aber auch, daß die im Regen befindlichen radioaktiven Stoffe mit der wachsartigen Schicht, die sich auf den Blättern fast aller Nutzpflanzen befindet, chemische Reaktionen eingehen, und dadurch

kaum abwaschbar sind. Er schloß seinen Beitrag mit der Bemerkung: "Sie können Ihren Salat wieder essen". Er war sich wohl nicht bewußt (oder hält er die Fachleute des Hess. Sozialministeriums und der Strahlenschutzkommission mit ihren schon hohen Grenzwerten für übervorsichtig), daß noch am 08. Mai die Empfehlung zum Verzicht auf Freiland Salat von offiziellen Stellen ausgegeben wurde!

Herr Dr. Werner vom Institut für Biophysikalische Strahlenforschung der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung Frankfurt, der über die "Strahlenwirkung auf den Menschen" berichten wollte, und aus seiner Meinung über die "Dilettanten aus dem Sozialministerium" keinen Hehl machte, antwortete auf die Frage, warum denn die Cäsium-Grenzwerte wieder aufgehoben worden sind: "Von der Abschaffung dieses Wertes ist mir nichts bekannt". Wenn er am Freitag, dem 9. Mai eine Tageszeitung gelesen hätte, hätte er es wissen müssen, da es nicht nur in der FR von diesem Tag (Siehe Auszug aus "Im Wortlaut" von diesem Tag) in einem Artikel erwähnt wurde. Seine Behauptung, daß bei Strahlenbelastungen

Fortsetzung Seite 4

INHALT

Tschernobyl.....	1
TH-Vollversammlung.....	2
Konsequenzen aus Tschernobyl...3	
Umwandlung des HRG ins HHG.....4f	
Wohnen-ABC.....	6
BAföG-Erhöhung.....	6
DV in der öffentl. Verwaltung..7	
ASTA-Rechtsberatung.....	8
Hochschulfest am 12.7.86.....	8
Studentenkeller im Schloß.....	8

Aufruf zur TH-Vollversammlung

am: 4. Juni 1986

um: 17.00 Uhr

im: Audi Max

Themen:

- Konsequenzen aus Tschernobyl
- fachübergreifende Lehre

Auf der Vollversammlung spricht Michel Sailer (ÖKO Institut) über Auswirkungen und Konsequenzen nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl.

Die Vollversammlung findet erst deshalb zu einem recht späten Termin statt, da der AStA die VV nicht als Konkurrenzveranstaltung zu der Reihe von Informationsveranstaltungen, die die TH organisiert, verstanden wissen will.

Ab Montag den 26.5.86 liegt im AStA eine Informationsbroschüre des Referats Neue Technologie über die Auswirkungen des Unfalls bereit.

Im Laufe der Woche werden wir eine Resolution verteilen, die auf der Vollversammlung verabschiedet werden soll.

Wir fordern alle Studentinnen und Studenten auf, sich an der Vollversammlung zu beteiligen!!!!!!

es rufen auf: Allgemeiner Studentenausschuß der THD

Präsidium des Studentenparlaments der THD

Konsequenzen aus Tschernobyl

Die Frage nach der Verantwortung der Hochschule für Gesellschaft und Umwelt stellt sich angesichts des Reaktorunglücks in Tschernobyl mit neuer Dringlichkeit. Dabei zeigt sich wiederum mehr, welche Bedeutung der Technikentwicklung zukommt.

Einseitige Festlegung auf bestimmte Entwicklungsrichtungen, wie die Kernenergie, enden allzuleicht in technologischen Sackgassen, die eine Umkehr fast unmöglich machen können. Gerade von den Hochschulen muß deshalb das "Offenhalten" von alternativen Wegen gefordert werden. Dieser Herausforderung hat sich die TH Darmstadt bisher nicht gestellt. In zahlreichen Instituten wird Forschung über die Nutzung von Kernenergie betrieben. Andere Wege zur Energieversorgung oder -einsparung, wie Kohle, Wärme-Kraft-Kopplung oder regenerative Energiequellen (Wasser, Wind, Sonnenenergie) sind dagegen völlig unbedeutend. Initiativen, diese Bereiche zu stärken, wie die Umwidmung des Lehrstuhles Reaktortechnik in Energietechnik, scheiterten bisher am Widerstand konservativer Professoren.

Bei der Entwicklung neuer Forschungsschwerpunkte sind die Bereiche Biotechnologie und Materialforschung weit fortgeschritten. Die angekündigten Aktivitäten im Umwelt- und Energiebereich, sowie der Technikfolgeabschätzung lassen auf sich warten.

Deshalb fordern wir die Hochschule auf:

1. Einrichtung eines interdisziplinären Zentrums für Umwelt- und Energieforschung.
Die verstreuten Aktivitäten an der Hochschule müssen dringend koordiniert und aktiviert werden. Nur interdisziplinär zusammengesetzte Arbeitsgruppen sind in der Lage, derart vernetzte Zusammenhänge zu bearbeiten. Ein erster wichtiger Arbeitspunkt muß die Entwicklung eines kommunalen Energieversorgungskonzeptes für Darmstadt unter Einbeziehung der Kraftwerksplanung an der TH sein.
2. Zentrum für Technikentwicklung/Technikforschung
Mit dem Ziel, Techniken frühzeitig einschätzen zu können und Steuerungsinstrumente zugunsten einer umwelt- und sozialverträglichen Technikentwicklung zu erforschen halten wir die Einrichtung eines solchen Zentrums für sinnvoll.

Bei beiden Punkten muß der Kontakt zur Hochschullehre gewährleistet sein. Studenten/innen soll die Mitarbeit z.B. in Form von Studien- und Diplomarbeiten ermöglicht werden.

Listen bitte im AStA Hochschulreferat abgeben

N A M E	FB	A D R E S S E	Unterschrift

Freitag, 9. Mai 1986, Nr. 108

Im Wortlaut:



...
In der Mitteilung vom 4. 5. 86 wurde ein Richtwert für die spezifische Aktivität von Cs 137 ausgegeben. Dieser Wert wurde unter Vorsorgegesichtspunkten sehr restriktiv festgelegt und bezog sich ausschließlich auf das im Freiland zur Ernte anstehende Frischgemüse, da dieses unmittelbar dem Fallout ausgesetzt war.
...

...
Auf diesen Überlegungen ergibt sich kein Anlaß zur weiteren Aufrechterhaltung eines Richtwertes für Cs 137 und andere langlebige Spaltprodukte in Lebensmitteln.
...

unter 50 rem ließe sich keine signifikante (=statistisch einigermaßen sichere) Erhöhung der Schäden feststellen, wurde von ihm selbst mit der Bemerkung "Es hängt von der Gruppe ab, die diese statistische Erhebung gemacht hat" relativiert. Angesichts der Tatsache, daß fast alle Untersuchungen im Auftrage von der Atomindustrie nahestehenden Regierung oder der Atomindustrie selbst gemacht wurden, wird der Wert dieser Untersuchungen deutlich!

Im weiteren Verlauf der Diskussion gestand er doch ein, selbst "die kleinste Strahlendosis stellt ein Risiko dar", allerdings meinte er danach "jede Tätigkeit ist mit einem Risiko verbunden, sogar wenn Sie sich ins Bett legen". Na also, wer leben will, muß täglich Risiken eingehen, warum dann nicht

auch das Risiko eines (Super)-Gau's, bei dem dann eben Hunderte oder Tausende ihr Leben verlieren und noch viel mehr geschädigt werden!

Professor Kankaleit (Kernphysik) unterschied sich glücklicherweise etwas von seinen Vorgesetzten. Er empfand es als müßig, sich über 20 Becquerel mehr oder weniger auf den Salatblättern zu streiten, angesichts der Risiken durch die atomaren Waffen, die in Ost und West gelagert sind, angesichts des Hungers in der dritten Welt und angesichts der vielen Opfer aus der Gegend um Tschernobyl. Er brachte damit (endlich) auch die politische Ebene in die Diskussion ein und forderte dazu auf "nicht nur das Problem der friedlichen Nutzung der Kernenergie, sondern auch das Problem der militärischen Nutzung der Kernenergie" zu diskutieren. Sowohl auf diese Aufforderung, als auch auf die AStA-Unterschriftenaktion für ein interdisziplinäres Institut an der THD für Technigfolgenabschätzung, zu dem er sagte: "Ich möchte den Entwurf vom AStA unterstützen" wurde allerdings weder vom Podium noch vom Plenum weiter eingegangen.

In der angekündigten "Diskussion" wurde zwar auf Fachfragen eingegangen, deren Beantwortung allerdings nur eine Fortsetzung der obigen Beschwichtigungsversuche war, aber alle Fragen oder Beiträge, die auf die "Perspektiven" zielten und somit zwangsweise auch eine politische Komponente enthalten mußten, wurden mit Bemerkungen wie "In dieser Veranstaltung geht es nur um die Fachfragen" (obwohl es der Titel anders versprach) oder "dafür sind andere Fachgebiete zuständig" mehr oder weniger direkt abgeblockt.

So positiv auch der Ansatz seitens des Präsidiums der THD war, abgeleitet durch eine Veranstaltung sich der Verantwortung zu stellen, leider wurden aber (fast) nur Referenten geladen, die auch auf einer Informationsveranstaltung der Atomindustrie hätten sprechen können.

Wer also wirklich über Perspektiven und Folgerungen für die Hochschule oder für die Hessische Landespolitik diskutieren will, sei schon jetzt auf die Student/inn/en-Vollversammlung von AStA und Stupa-Präsidium hingewiesen, die am Mittwoch, dem 04. Juni 1986 stattfindet.

Umwandlung des HRG in HHG

THESENPAPIER UND FORDERUNGSKATALOG ZUR UMSETZUNG DES HRG INS HHG

Die Umsetzung der HRG-Novelle stellt eine Bedrohung der Qualität unseres Studiums sowie der Demokratie an den Hochschulen dar. Unsere derzeitigen Studienbedingungen sind schlecht genug, sowohl was Betreuung und materielle Ausstattung angeht, als auch bei der Einflußnahme von Studenten auf Entscheidungen innerhalb der Hochschule.

Diese Misere wird durch das neue HRG noch verschlimmert, so werden verschärfter Wettkampf der Hochschulen untereinander (Drittelmittelforschung, Aufnahmeprüfungen) sowie der Studenten untereinander (Elitekurse, Auswahlgespräche mit Profs) auf uns zukommen. Für die meisten von uns bedeutet das, in ein wenig qualifizierendes Kurzzeitstudium abgedrängt zu werden (8 Semester Regelstudienzeit), während weitere und fachübergreifende Qualifizierung einer handverle-

senen Schar von Elitestudenten vorbehalten bleibt.

Im Moment wird im hessischen Wissenschaftsministerium an der Umsetzung des bundesweit gültigen HRG in das hessische Hochschulgesetz (HHG) gearbeitet. Wir halten das für einen geeigneten Zeitpunkt, um unsere Position dazu klarzustellen, was wir meinen, daß nicht übernommen werden sollte, steht im ersten Teil, unsere weitergehenden Forderungen nach einer in unserem Sinne positiven Veränderung des HHG stehen im

zweiten Teil.

Wir fordern, daß der Umsetzungsprozeß hier in Hessen nicht hinter unserem Rücken geschieht, sondern daß alle Pläne sofort offengelegt und unsere Vorstellungen und Forderungen hierzu berücksichtigt werden!

1. Teil:

- Keine Steilkurse und Auswahlgespräche als Zulassungsvoraussetzungen zu Vorlesungen und Seminaren
- Keine Verlagerung von Lehrinhalten und Qualifikationen in Aufbaustudiengänge, die nur einer ausgewählten Minderheit vorbehalten bleiben
- Keine Zwangsexmatrikulation nach Überschreiten der Regelstudienzeit, bei Gebührenrückstand oder nicht fristgemäßer Rückmeldung bzw. Leistungsnachweisen
- Keine Einschränkung der Rechte der verfaßten Studentenschaft (AStA und Fachschaften)
- Kein Abbau der Kontrolle bzw. Genehmigungspflicht bei Drittmittelforschung. Verstärkte Kontrolle und Veröffentlichungspflicht bei Drittmittelforschung durch demokratische Gremien.
- Keine Verringerung der Wiederholungsmöglichkeit von Prüfungen
- Keine Regelstudienzeit von 8 Semestern (6 Semester bei FHs). Schon jetzt klafft eine breite Lücke zwischen der jeweiligen Regelstudienzeit und der Durchschnittsstudiendauer der Studiengänge, die wir nicht länger hinnehmen können, und die die soziale Lage der Studenten sehr schlecht gestaltet.

2. Teil:

- Hessen soll an dem Konzept der Gesamthochschulen festhalten und prüfen, inwieweit es verbessert und ausgebaut werden kann.
- Im HRG wird auf die Situation der Frauen an der Hochschule nur mit einem Satz eingegan-

gen. In das HHG müssen konkrete Schritte dazu eingearbeitet werden, um die jetzt bestehenden Nachteile und Diskriminierungen aufzuheben. Wir denken da z.B. an die Schaffung von Stellen für Frauenbeauftragte an den Hochschulen und Fachbereichen sowie an Frauenförderungspläne, weiterhin müßte eine Quotierungsregelung her, um den Frauenanteil an Professoren/innen und in den Gremien zu erhöhen.

- Sofortige Abschaffung der Studiengebühren, die es in Hessen als einzigem Bundesland gibt!
- Die verstärkte Einführung von fachübergreifender Lehre und Forschung muß im HHG verankert werden. Es darf nicht länger bei konzeptlosen Aktionen bleiben, wie z.B. die Einrichtung der SEL-Stiftungsprofessur an der THD, sondern es muß unter Mitwirken aller Beteiligten, also auch der Studenten, ein Konzept erarbeitet werden, fachübergreifende Forschung und Lehre landesweit zu realisieren. Hierzu sind genügend Mittel bereitzustellen.
- Entgegen den Bestrebungen des neuen HRG, den Professoren noch mehr Rechte einzuräumen, fordern wir die Besetzung aller Gremien in Drittelparität, d.h. je ein Drittel Studenten, Professoren und WiMis!
- Wir fordern das allgemeinpolitische Mandat für die verfaßte Studentenschaft, da man die Hochschule nicht isoliert als Insel betrachten kann, sondern nur im Zusammenhang mit dem Rest der Gesellschaft, deren Teil sie ist. Daß die verfaßte Studentenschaft sich nicht zu allgemeinpolitischen Themen äußern darf, wurde immer wieder als Mittel verwendet, um kritische Stimmen so z.B. durch Prozesse mundtot zu machen, und hat bis hin zu einer Selbstzensur geführt.
- Das Thema Studienreform muß wei-

terhin im HHG enthalten sein.

Allerdings reicht es nicht aus, daß es nur auf dem Papier steht, sondern es müssen auch konkret Mittel dafür bereitgestellt werden. Außerdem kann sich eine wirkliche Studienreform nicht auf formale Dinge beschränken, sondern muß auch die Inhalte miteinbeziehen. Wir meinen, daß auch Gruppen wie der DGB und natürlich auch wir Studenten Einfluß auf die Studieninhalte nehmen müssen, was aber nicht möglich ist, im Moment, damit auch unserer Meinung nach sinnvolle Themen wie Friedensforschung, angepasste Technologien, alternative Energiegewinnung etc. in Lehre und Forschung behandelt werden. Auch mehr praxisorientierte Studienanteile wären bitter nötig, ebenso wie eine bessere didaktische Schulung der Professoren!

- Wir fordern eine größere Autonomie der Fachschaften, z.B. durch eine Bereitstellung von eigenen Geldmitteln für die Fachschaften.

Dieses Thesenpapier wurde von der Hochschulrahmengesetz-AG, die sich aus dem Fachschaftenplenum bildete, ausgearbeitet. Das Papier soll in den Fachschaften diskutiert werden. Am 28.05. wird es dann auf dem Fachschaftenplenum im AStA (16.00 Uhr) in endgültiger Form verabschiedet.

Dieses Papier soll u.a. Diskussionsgrundlage für die HRG-Hessische-Hochschulgesetz-Veranstaltung am 10. Juni sein. Die Diskussionsrunde findet mit Rechtsanwalt Becker (Verfasser des Kommentars zum alten HRG), Gerd Köhler (Bundesvorstand GEW), Frau Breithaupt (SPD Landtag) und Martina Schmiedhofer (Grüne im Landtag) im Schloßkeller statt.

Also nix wie hin!

WOHNEN-ABC

Schönheitsreparaturen

Schönheitsreparaturen sind, wenn es nur nach dem Gesetz geht, wie alle anderen Reparaturen an der Wohnung auch, Sache des Vermieters.

Insbesondere in formularmäßigen Mietverträgen wird jedoch die Verpflichtung zur Durchführung von Schönheitsreparaturen regelmäßig auf die Mieter abgewälzt. Hierbei ergeben sich eine Reihe von Fragen. Warum soll der Mieter, der in völlig verwohnte Räume eingezogen ist und erst einmal selber renovieren muß, bei Auszug eine renovierte Wohnung zurückgeben? Oder warum soll bei Auszug die ganze Wohnung neu gestrichen und tapeziert werden, auch wenn dies erst vor einem halben Jahr gemacht wurde? Die Frage, wer wann welche Schönheitsreparaturen zahlen soll, ist also heftig umstritten. Insbesondere die Schönheitsreparaturen bei Auszug.

In Rechtsentscheiden hat sich folgender Merksatz herausgebildet: die Schönheitsreparaturen können auf den Mieter abgewälzt werden, auch durch vorgedruckte Mietverträge. Der Mieter soll aber grundsätzlich nicht mehr bezahlen, als er selbst verwohnt hat. Beispiele aus Rechtsentscheiden:

Eine Klausel, daß der Mieter sich verpflichtet, die Wohnung renoviert zurückzugeben, wobei es unberücksichtigt bleibe, an welchem zurückliegenden Zeitpunkt die letzte Schönheitsreparatur stattgefunden hat, ist nicht in jedem Fall verbindlich.

Zulässig ist aber die Regelung, daß der Mieter die laufenden Schönheitsreparaturen während der Mietzeit übernimmt. Dies wird nämlich auch zugunsten des Mieters so geregelt, insbesondere kann er dann die Wohnung nach seinem Geschmack gestalten. Auch kann er die Kosten überblicken und kalkulieren und dadurch niedrig halten.

Streit entsteht häufig über Formulie-

rungen in Mietverträgen, wonach Schönheitsreparaturen von einem Fachmann oder einem Fachbetrieb ausgeführt werden müssen. Eine solche Klausel ist wirksam, wenn es sich um Schönheitsreparaturen beim Auszug handelt. Während der Mietzeit kann dagegen etwas anderes gelten.

Wirksam ist auch, wenn im Mietvertrag steht, daß der Vermieter den Handwerker aussuchen kann, der die Wohnung renoviert. An einen Kostenvorschlag dieses Handwerkers ist der Mieter aber nur dann gebunden, wenn dieser Vorschlag nicht überhöht ist. Der Mieter ist nur verantwortlich für die tatsächlich notwendigen Kosten der Schönheitsreparaturen. Es ist dem Mieter also zu empfehlen, wenn ihm ein Kostenvorschlag zu hoch erscheint, einen zusätzlichen Kostenvorschlag eines Betriebes seiner Wahl einzuholen.

Abflussverstopfung

Eine Abflußverstopfung, wie auch andere größere Reparaturen, fallen unter den Begriff der sogenannten Instandhaltung. Nach dem Gesetz (§ 548 BGB) hat grundsätzlich der Vermieter die Kosten für solche Tätigkeiten zu tragen. Dies ist immer unstreitig dann der Fall, wenn dem Mieter ein Verschulden an der Verursachung des Schadens nicht nachgewiesen werden kann.

Oftmals ist jedoch nicht feststellbar, wer nun den Schaden verursacht hat. In solchen Fällen sind Formulierungen in Mietverträgen, nach denen sich alle Mieter die Reparaturkosten teilen müssen, unzulässig und damit unwirksam.

Instandhaltung

Die Instandhaltung bzw. Instandsetzung umfaßt alle Maßnahmen, die der Herbeiführung und Erhaltung des ordnungsgemäßen Zustandes der Wohnung dienen. Sowohl vor dem Einzug als auch während der Dauer des Mietverhältnisses muß grundsätzlich der Vermieter die entsprechenden Kosten tragen (§ 536 BGB). Die gesetzliche Regelung ist im täglichen Leben aber nur eine Ausnahme: in fast jedem Mietvertrag werden die Kosten auf den Mieter abgewälzt. Dagegen ist dann so gut wie nichts zu machen.

Manchmal muß der Mieter aber auch nur die Kosten für Bagatelldreparaturen übernehmen. In diesem Fall sollte man einen Höchstbetrag festlegen. Die Rechtsprechung schwankt zwischen 50 und 100 DM. Eine andere Variante ist die Pflicht des Mieters, nur für die Schönheitsreparaturen aufzukommen, zu denen im wesentlichen nur Tapezier- und Malerarbeiten gehören. Keinesfalls muß der Mieter dann aber die Kosten für Maurer-, Glaser- und Installateurarbeiten übernehmen.

Ab Herbst drei Prozent mehr Bafög

Opposition nennt Verbesserungen völlig unzureichend

BONN (dpa). Die Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten (Bafög) wird ab Herbst um durchschnittlich drei Prozent erhöht. Die Elternfreibeträge steigen in diesem und im nächsten Jahr um jeweils zwei Prozent. Der Bundestag beschloß am Donnerstag mit der Mehrheit von CDU/CSU und FDP eine entsprechende Bafög-Novelle. SPD und Grüne nannten die Verbesserungen völlig unzureichend und äußerten die Befürchtung, daß die seit 1981 von 37 auf 25 Prozent zurückgegangene Gefördertenquote weiter sinken werde. Demgegenüber sprach Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) unter Hinweis auf die in letzter Zeit nicht mehr gestiegenen

Lebenshaltungskosten von einer „sehr angemessenen“ Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge. Neben der Erhöhung der Bedarfssätze — der Höchstförderungssatz steigt von 690 auf 710 Mark monatlich — und der Elternfreibeträge soll das Studium im außereuropäischen Ausland künftig im gleichen Umfang wie in Europa gefördert werden. Weitere Verbesserungen sind: erweiterte Förderung der Auslandspraktika, Erleichterungen für die Gewährung des Kinderteilerlasses bei der Darlehensrückzahlung und Erlaß des Förderungsbeitrages bei behinderten Studenten, den sie während einer durch ihre Behinderung bedingten Verlängerung des Studiums erhalten haben.

aus:
Das Echo
16.5.86

Datenverarbeitung in der öffentlichen Verwaltung

Wie jeder weiß verändert die Informatik, insbesondere durch ihre praktische Anwendung in der Datenverarbeitung, viele Strukturen in unserer Gesellschaft.

Da es der Professorenschaft der THD bis jetzt nicht gelungen ist in Forschung und Lehre auf diesen Aspekt der Technikanwendung in befriedigender Form einzugehen, veranstalten wir eine Vortragsreihe zu den "Gesellschaftlichen Auswirkungen der Informatik".

Die Fachschaft Informatik läßt ein:

Ulrike Erb: "DV in der öffentlichen
Verwaltung".

Mittwoch 28.5.86, 16.15 Uhr

Raum 23/133 (Alexanderstr. 24)

Ulrike Erb studierte an der Universität Kaiserslautern Informatik. 1983 schloß sie ihr Studium mit einer Diplomarbeit zu dem Thema "Gesellschaftsbezogene Auswirkungen des Einsatzes von Informationstechnologien im Spiegel der Literatur erfolgreich ab. Heute ist Ulrike Erb als Mitarbeiterin der Bundestagsfraktion der Grünen tätig.

AStA - Rechtsberatung

Ab sofort besteht während der Vorlesungszeit jeden Mittwoch zwischen 11 und 12.00 Uhr im AStA-Büro Stadtmitte die Möglichkeit zu einer kostenlosen Rechtsberatung. Die Rechtsanwältin berät allerdings nur bei Fragen, die studentische Angelegenheiten betreffen (z.B.

Mietrecht, Prüfungsordnung). Terminvereinbarungen außerhalb der obengenannten Sprechzeit sind möglich.

Die BAföG-Beratung findet weiterhin donnerstags, 12 - 15.00 Uhr, Zi. 54 Mensa Lichtwiese, statt.

HOCHSCHULFEST AM 12.7.86

Am 12.7.86 findet unser Hochschulfest statt, in diesem Jahr im Alten Hauptgebäude. Es werden Feinbein und das Mimentheater Albatros spielen. Feinbein ist eine Deutsch-Rock-Gruppe aus dem Frankfurter Raum, die bei mehreren Fernsehauftritten, auf einer LP und durch mehrjährige Konzerterfahrung ihr Können unter Beweis stellte. Das Mimentheater Albatros ist eine Pantomimen-Gruppe aus Langenselbold, die ihr Programm

auf die jeweilige Veranstaltung abstimmt und das Publikum aktiv in die Aufführung einbezieht. Neben diesen beiden Gruppen werden wir eine zweite Musikgruppe engagieren. Dies soll eine weniger bekannte Gruppe sein, der wir hier die Chance geben wollen, vor einem größeren Publikum zu spielen. Daneben werden Hochschulinitiativen und -gruppen durch Stände, Kulturbeiträge und Veranstaltungen das Programm abrunden.

STUDENTENKELLER IM SCHLOSS

SCHLOBKELLER-PROGRAMM

MAI '86

Mi. 28.	Film: "Höhenkoller" von Mel Brooks	3,-DM
Do. 29.	Spieleabend	
Fr. 30.	Disco	1,-DM
Sa. 31.	SNEAKY PETE -rhythm & roll-	5,-DM

